

Der Emissionshandel

Der Emissionshandel ist ein Mittel der Umweltpolitik, mit dem Treibhausgase reduziert werden können. Treibhausgase werden bei der Verbrennung von Kohle, Erdöl und Erdgas freigesetzt und tragen wesentlich zur Erderwärmung bei. Im Kyoto-Protokoll (2005 in Kraft getreten) haben die meisten Staaten der Erde festgelegt, welche Mengen an Emissionen (also Treibhausgasen) in einer bestimmten Zeit in einem Land produziert werden dürfen. Dazu erhalten die einzelnen Unternehmen Emissionsrechte, mit denen sie handeln können. Denn manche Unternehmen produzieren mehr Treibhausgase als die für sie bestimmte Menge. Sie müssen Strafen zahlen oder können Emissionsrechte von Unternehmen abkaufen, die weniger Treibhausgase ausstoßen. Dieser Handel mit Rechten zum Ausstoß von Treibhausgasen wird Emissionshandel genannt.

Die Bedeutung des Emissionshandels für die Industrie

Um den Klimaschutz erfolgreich voranzutreiben, wird die erlaubte Menge an Treibhausgasen weiter reduziert. Für Unternehmen, die große Mengen produzieren, ist dies teuer. Um ihren Ausstoß zu reduzieren, investieren sie deshalb in umweltschonendere Abläufe und in die Weiterentwicklung der Technik (z. B. für umweltfreundlichere Autos). Insgesamt bewirkt der Emissionshandel, dass die Menge der ausgestoßenen Schadstoffe abnimmt.

Kritik am Emissionshandel

Es gibt jedoch auch kritische Positionen. Bisher hat nur die Europäische Union den Emissionshandel als verbindliches politisches Mittel eingeführt. Andere Länder der Erde vertrauen eigenen Maßnahmen, deren Standards unterschiedlich sind. Es stellt sich daher die Frage, ob ein eingeschränkter Emissionshandel in der Lage ist, die weltweiten Ziele zum Klimaschutz zu erreichen. Kritik bezieht sich außerdem auf Vorgänge und Bestimmungen des Emissionshandels, die nicht transparent genug sind. Lobbyisten mächtiger Unternehmen könnten daher Politiker leicht in ihrem Sinne beeinflussen. Für Umweltschutzorganisationen liegt das Problem in den Emissionsmengen. Zur Umsetzung der Klimaschutzziele gehen die Beschränkungen ihrer Meinung nach nicht weit genug. Bisher gibt es jedoch keine politisch wirksame Alternative zum Handel mit Emissionsrechten.